

GASTKOMMENTAR

Erwachsene Klimapolitik

Endlich steht das Machbare, nicht das Wünschbare im Mittelpunkt der Klimadiplomatie, sieht Oliver Geden.

Nur noch wenige Wochen bleiben der internationalen Klimadiplomatie, bevor beim UN-Gipfel in Paris ein umfassendes Klimaabkommen beschlossen werden soll. Wie schwer die Kompromissfindung sechs Jahre nach dem gescheiterten Gipfel von Kopenhagen immer noch fällt, zeigt sich in dieser Woche in Bonn, wo die Verhandler damit begonnen haben, sich Zeile für Zeile am eigentlichen Vertragstext abzuarbeiten.

Doch die Stimmung auf dem Klimaparkett fällt so positiv aus wie lange nicht mehr. Wie ist das möglich? Sind nicht die weltweiten Emissionen seit 2009 weiter deutlich gestiegen? Laufen die von bislang 150 Staaten gemeldeten Klimapläne nicht auf eine Erwärmung von drei Grad hinaus?

Grund zur Klage hätten Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler und klimapolitische Vorreiter wie die EU genug. Aber man hat schlichtweg die Ansprüche gesenkt - und so den Weg für pragmatische Fortschritte frei gemacht.

Offen zugeben mag das kaum einer. Der UN-Klimagipfel von Durban 2011 hatte den Auftrag umfassend formuliert. Bis 2015 soll ein Vertragswerk verabschiedet werden, an dem sich alle Staaten beteiligen und das es ermöglicht, den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu beschränken.

Doch im Laufe der Verhandlungen musste die EU einsehen, dass sie nicht auf Erfüllung aller Bedingungen bestehen kann. Paris würde sonst genauso spektakulär scheitern wie Kopenhagen. Die Klimadiplomatie wäre endgültig delegitimiert.

Deshalb hat man Prioritäten gesetzt. Die umfassende Integration aller Staaten in das Vertragswerk ist wichtiger als dessen Ambitionsniveau. Würde man auf den Emissionsminderungen beharren, die für das Einhalten des Zwei-Grad-Limits notwendig sind, stünden die Europäer am Ende alleine da, wie schon beim Kyoto-Protokoll. Die EU hätte dann zwar wieder einmal bewiesen, dass sie auf der richtigen Seite steht, dem Weltklima aber wäre damit wenig geholfen. Also ging man den umgekehrten Weg. Vor allem die USA, China und Indien sollten aus ihrer Verweigerungshaltung herausgeholt werden, um auch bei den größten Emittenten eine klimapolitische Dynamik zu befördern - mit beachtlichem Erfolg.

Doch der hat seinen Preis. Da die Amerikaner und die Schwellenländer ein System völkerrechtlich verbindlicher Reduktionsziele ablehnen, beruht der neue Ansatz auf Freiwilligkeit. Jede Regierung meldet ihre geplanten Beiträge zu einem internationalen Klimaabkommen an die UN und verhandelt darüber in Paris - nicht

mehr. Man wird beim Klimagipfel zwar eine regelmäßige Überprüfung der nationalen Klimaziele vereinbaren. Zu Verschärfungen kann man aber auch zukünftig keine Regierung zwingen.

23 Jahre nach Verabschiedung der UN-Klimarahmenkonvention erleben wir derzeit einen Paradigmenwandel. In der Klimadiplomatie setzt sich ein genuin politischer Modus durch. Nicht mehr die "Rettung" des Weltklimas und die strikte Orientierung an der Wissenschaft stehen im Mittelpunkt, sondern die Möglichkeiten und Grenzen des Verhandlungsprozesses; nicht mehr das ökologisch Wünschbare, sondern zunehmend das politisch und ökonomisch Machbare. Kurzum: die internationale Klimapolitik wird allmählich erwachsen.

**Der Autor ist Leiter der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP)**